

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

**zu der Änderungsvereinbarung vom 8. August 2019
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong
der Volksrepublik China
zum Abkommen vom 5. Mai 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Hongkong
über den Fluglinienverkehr**

A. Problem und Ziel

Mit dem Gesetz soll einem völkerrechtlichen Vertrag nach Maßgabe des Artikels 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes zugestimmt werden. Dieser wird das Abkommen vom 5. Mai 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Hongkong über den Fluglinienverkehr (BGBl. 1997 II S. 1062, 1063), das durch die Änderungsvereinbarung vom 8. Mai 1997 (BGBl. 1998 II S. 2064, 2065) geändert worden ist, in der Weise ändern, dass die Terminologie hinsichtlich der Sonderverwaltungsregion Hongkong an die aktuelle Entwicklung angepasst wird. Zudem werden die Bestimmungen für die Erteilung, die Aussetzung, die Einschränkung und den Widerruf von Betriebsgenehmigungen zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs mit dem Recht der Europäischen Union in Einklang gebracht.

B. Lösung

Mit dem Gesetz werden die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Eingehen einer völkervertraglichen Bindung geschaffen.

C. Alternativen

Bei Beibehaltung des Status quo würde ein nicht mehr zeitgemäßer Zustand aufrechterhalten.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Durch dieses Gesetz entstehen weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei den sozialen Sicherungssystemen zusätzliche Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

**Gesetz
zu der Änderungsvereinbarung vom 8. August 2019
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong
der Volksrepublik China
zum Abkommen vom 5. Mai 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Hongkong
über den Fluglinienverkehr**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Hongkong am 8. August 2019 unterzeichneten Änderungsvereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China zum am 5. Mai 1995 in Hongkong unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Hongkong über den Fluglinienverkehr (BGBl. 1997 II S. 1062, 1063), das durch die Änderungsvereinbarung vom 8. Mai 1997 (BGBl. 1998 II S. 2064, 2065) geändert worden ist, wird zugestimmt. Die Änderungsvereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Änderungsvereinbarung nach ihrem Artikel 6 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Änderungsvereinbarung ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem die Änderungsvereinbarung nach ihrem Artikel 6 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen. Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Nachhaltigkeitsprüfung

Eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzes ist nicht gegeben. Es ist kein Bezug zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hinsichtlich ihrer Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs), Indikatorenbereiche und Indikatoren ersichtlich.

Änderungsvereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong
der Volksrepublik China
zum am 5. Mai 1995 in Hongkong unterzeichneten Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Hongkong
über den Fluglinienverkehr

Agreed Amendment
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Hong Kong Special Administrative Region
of the People's Republic of China
to the Agreement between the Government of the
Federal Republic of Germany
and the Government of Hong Kong
done in Hong Kong on 5 May 1995 concerning Air Services

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong
der Volksrepublik China –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the Hong Kong Special
Administrative Region of the People's
Republic of China,

in dem Wunsch, das Abkommen vom 5. Mai 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Hongkong über den Fluglinienverkehr („ursprüngliches Abkommen“) in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 8. Mai 1997 („Änderungsvereinbarung 1997“) (ursprüngliches Abkommen in der Fassung der Änderungsvereinbarung 1997, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) zu ändern –

Desiring to amend the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Hong Kong of 5 May 1995 concerning Air Services (“the Original Agreement”) as amended by the Agreed Amendment of 8 May 1997 (“the Amendment Agreement”) (the Original Agreement as amended by the Amendment Agreement hereinafter referred to as “the Agreement”),

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

(1) Die Verweise auf die „Regierung von Hongkong“ im Titel und in der Präambel des ursprünglichen Abkommens sowie im Titel, der Präambel und den Artikeln der Änderungsvereinbarung 1997 gelten als Bezeichnung für die „Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China“.

(2) Der Verweis auf „Hongkong“ im zweiten Absatz der Präambel des ursprünglichen Abkommens gilt als Bezeichnung für „die Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China“.

Artikel 2

Der Punkt am Ende des Artikels 1 Buchstabe f des Abkommens wird durch ein Semikolon ersetzt, und der folgende Buchstabe wird am Ende des Artikels 1 des Abkommens angefügt:

„g) „Hongkong“ bedeutet die Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China („Sonderverwaltungsregion Hongkong“).“

Artikel 3

Die Artikel 4 und 5 des Abkommens werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Article 1

(1) The references to “Government of Hong Kong” in the title and preamble of the Original Agreement, as well as in the title, preamble and articles of the Amendment Agreement, shall be deemed to mean “Government of the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China”.

(2) The reference to “Hong Kong” in the second paragraph of the preamble of the Original Agreement shall be deemed to mean “the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China”.

Article 2

The full stop at the end of Article 1(f) of the Agreement shall be replaced with a semicolon and the following new sub-paragraph shall be inserted at the end of Article 1 of the Agreement:

“(g) the term “Hong Kong” means the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China (“the Hong Kong Special Administrative Region”).”

Article 3

Articles 4 and 5 of the Agreement shall be replaced by the following:

„Artikel 4

Bezeichnung und Betriebsgenehmigung

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 3 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Rechte gewährt werden, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Bei Erhalt einer solchen Bezeichnung erteilt die andere Vertragspartei mit der geringstmöglichen Verzögerung im Verfahren die entsprechenden Genehmigungen und Erlaubnisse, sofern

- a) im Falle eines von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Unternehmens
 - i) das Unternehmen nach dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen ist und über eine gültige Betriebsgenehmigung nach dem Recht der Europäischen Union verfügt und
 - ii) der für die Ausstellung des Luftverkehrsbetreiberzeugnisses zuständige Mitgliedstaat der Europäischen Union eine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt, diese aufrechterhält und die zuständige Luftfahrtbehörde in der Bezeichnung eindeutig angeben ist und
 - iii) sich das Unternehmen unmittelbar oder über Mehrheitsbeteiligung im Eigentum von Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der Republik Island, des Königreichs Norwegen, des Fürstentums Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder von einem oder mehreren Angehörigen dieser Staaten befindet und von diesem oder diesen tatsächlich kontrolliert wird;
- b) im Falle eines von der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong bezeichneten Unternehmens
 - i) das Unternehmen im Gebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong als Kapitalgesellschaft eingetragen ist, dort seinen Hauptsitz hat und über ein gültiges Luftverkehrsbetreiberzeugnis nach dem geltenden Recht der Sonderverwaltungsregion Hongkong verfügt und
 - ii) die Sonderverwaltungsregion Hongkong eine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt und aufrechterhältund
- c) das bezeichnete Unternehmen auf Verlangen der anderen Vertragspartei nachweist, dass es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die nach den im Gebiet dieser Vertragspartei geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs zu erfüllen sind.

(3) Eine Vertragspartei hat das Recht, nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes Unternehmen zu ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5

Ablehnung, Widerruf, Aussetzung oder Einschränkung der Betriebsgenehmigung

(1) Eine Vertragspartei kann die Betriebsgenehmigung oder technische Erlaubnisse für ein von der jeweils anderen Vertragspartei bezeichnetes Unternehmen ablehnen, widerrufen, aussetzen oder einschränken, wenn

“Article 4

Designation and Operating Authorisation

(1) The international air services on the routes specified in accordance with Article 3(2) of this Agreement may be started at any time, provided that:

- a) the Contracting Party to whom the rights specified in Article 3(1) of this Agreement are granted has designated one or several airlines in writing; and
- b) the Contracting Party granting these rights has authorised the designated airline or airlines to initiate the air services.

(2) On receipt of such a designation the other Contracting Party shall grant the appropriate authorisations and permissions with minimum procedural delay, provided that:

- a) in the case of an airline designated by the Government of the Federal Republic of Germany:
 - i) the airline is established in the area of the Federal Republic of Germany under the Treaty on European Union and the Treaty on the Functioning of the European Union and has a valid Operating Licence in accordance with European Union law; and
 - ii) effective regulatory control of the airline is exercised and maintained by the European Union Member State responsible for issuing its Air Operator's Certificate and the relevant aeronautical authority is clearly identified in the designation; and
 - iii) the airline is owned directly or through majority ownership and effectively controlled by any European Union Member State or the Republic of Iceland, the Kingdom of Norway, the Principality of Liechtenstein and the Swiss Confederation or national(s) of such States;
- b) in the case of an airline designated by the Government of the Hong Kong Special Administrative Region:
 - i) the airline is incorporated in and has its principal place of business in the area of the Hong Kong Special Administrative Region and has a valid Air Operator's Certificate in accordance with the applicable law of the Hong Kong Special Administrative Region; and
 - ii) the Hong Kong Special Administrative Region has and maintains effective regulatory control of the airline;and
- c) the designated airline proves upon request of the other Contracting Party that it is qualified to meet the requirements to be fulfilled for the operation of international air transport under the laws and regulations applicable in the area of that Contracting Party.

(3) A Contracting Party shall have the right to replace, subject to the provisions of paragraphs (1) and (2) above, an airline it has designated by another airline. The newly designated airline shall have the same rights and be subject to the same obligations as the airline which it replaces.

Article 5

Refusal, Revocation, Suspension or Limitation of the Operating Authorisation

(1) A Contracting Party may refuse, revoke, suspend or limit the operating authorisation or technical permissions of an airline designated by the other Contracting Party where:

- a) im Falle eines von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Unternehmens
- i) das Unternehmen nicht nach dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen ist oder über keine gültige Betriebsgenehmigung nach dem Recht der Europäischen Union verfügt oder
 - ii) der für die Ausstellung des Luftverkehrsbetreiberzeugnisses zuständige Mitgliedstaat der Europäischen Union keine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt oder diese aufrechterhält oder die zuständige Luftfahrtbehörde in der Bezeichnung nicht eindeutig angegeben ist oder
 - iii) sich das Unternehmen nicht unmittelbar oder über Mehrheitsbeteiligung im Eigentum von Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der Republik Island, des Königreichs Norwegen, des Fürstentums Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder von einem oder mehreren Angehörigen dieser Staaten befindet oder von diesen nicht tatsächlich kontrolliert wird oder
 - iv) das Unternehmen bei Ausübung der sich aus diesem Abkommen ergebenden Verkehrsrechte für den Betrieb von Diensten, die einen Punkt in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union berühren, einschließlich des Betriebs von Diensten, die als durchgehende Dienste vermarktet werden oder solche darstellen, verkehrsrechtliche Einschränkungen, die sich aufgrund eines zwischen der Sonderverwaltungsregion Hongkong und diesem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union geschlossenen Abkommen ergeben, tatsächlich umgehen würde oder
 - v) das Unternehmen über ein von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestelltes Luftverkehrsbetreiberzeugnis verfügt und kein zweiseitiges Luftverkehrsabkommen zwischen der Sonderverwaltungsregion Hongkong und diesem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union in Kraft ist und dieser Mitgliedstaat dem oder den von der Sonderverwaltungsregion Hongkong bezeichneten Unternehmen Verkehrsrechte verweigert hat;
- b) im Falle eines von der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong bezeichneten Unternehmens
- i) das Unternehmen nicht im Gebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong als Kapitalgesellschaft eingetragen ist oder seinen Hauptsitz nicht in diesem Gebiet hat oder über kein gültiges Luftverkehrsbetreiberzeugnis nach dem geltenden Recht der Sonderverwaltungsregion Hongkong verfügt oder
 - ii) die Sonderverwaltungsregion Hongkong keine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt oder diese nicht aufrechterhält;
- oder
- c) das bezeichnete Unternehmen die in Artikel 5A genannten Gesetze und sonstigen Vorschriften nicht einhält oder
- d) dieses Unternehmen in anderer Weise den Betrieb nicht nach den in diesem Abkommen festgelegten Bedingungen durchführt.
- (2) Vor der Ablehnung, dem Widerruf, der Aussetzung oder Einschränkung der Genehmigung werden Konsultationen nach Artikel 14 durchgeführt, es sei denn, dass zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Aussetzung des Betriebs oder sofortige Einschränkungen erforderlich sind.“
- a) in the case of an airline designated by the Government of the Federal Republic of Germany:
- i) the airline is not established in the area of the Federal Republic of Germany under the Treaty on European Union and the Treaty on the Functioning of the European Union or does not have a valid Operating Licence in accordance with European Union law; or
 - ii) effective regulatory control of the airline is not exercised or not maintained by the European Union Member State responsible for issuing its Air Operator's Certificate, or the relevant aeronautical authority is not clearly identified in the designation; or
 - iii) the airline is not owned directly or through majority ownership or is not effectively controlled by any European Union Member State or the Republic of Iceland, the Kingdom of Norway, the Principality of Liechtenstein and the Swiss Confederation or national(s) of such States; or
 - iv) the airline, by exercising traffic rights under this Agreement for the operation of services that include a point in another European Union Member State, including the operation of services which are marketed as or otherwise constitute through services, would in effect circumvent any restriction on traffic rights imposed by an agreement between the Hong Kong Special Administrative Region and that other European Union Member State; or
 - v) the airline holds an Air Operator's Certificate issued by another European Union Member State and no bilateral air services agreement is in force between the Hong Kong Special Administrative Region and that other European Union Member State, and that European Union Member State has denied traffic rights to the airline(s) designated by the Hong Kong Special Administrative Region;
- b) in the case of an airline designated by the Government of the Hong Kong Special Administrative Region:
- i) the airline is not incorporated in or does not have its principal place of business in the area of the Hong Kong Special Administrative Region or does not have a valid Air Operator's Certificate in accordance with the applicable law of the Hong Kong Special Administrative Region; or
 - ii) the Hong Kong Special Administrative Region does not have or is not maintaining effective regulatory control of the airline;
- or
- c) the designated airline does not comply with the laws and regulations referred to in Article 5A of this Agreement; or
- d) if that airline otherwise fails to operate in accordance with the conditions prescribed under this Agreement.

Artikel 4

Der folgende Artikel wird nach Artikel 5 des Abkommens eingefügt:

Article 4

The following Article shall be inserted after Article 5 of the Agreement:

„Artikel 5A

Gesetze, sonstige Vorschriften und Verfahren

(1) Die Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verfahren einer Vertragspartei über den Einflug von im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeugen in ihr Gebiet, ihren Aufenthalt dort und ihren Ausflug von dort oder über den Betrieb und die Navigation solcher Luftfahrzeuge sind von den Luftfahrzeugen der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei beim Ein- und Ausflug sowie während des Aufenthalts in diesem Gebiet einzuhalten.

(2) Die Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verfahren einer Vertragspartei betreffend Pässe oder andere genehmigte Reisedokumente, Einreise, Zollabfertigung und Quarantäne sind beim Einflug in das Gebiet dieser Vertragspartei durch oder in Bezug auf die von den Luftfahrzeugen der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei beförderten Besatzungen, Fluggäste, Güter- und Postsendungen einzuhalten.

(3) Im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland schließt der Verweis auf „Gesetze, sonstige Vorschriften und Verfahren“ in den Absätzen 1 und 2 auch die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften der Europäischen Union ein.“

Artikel 5

Diese Änderungsvereinbarung und das Abkommen sind als ein Abkommen auszulegen und anzuwenden.

Artikel 6

Diese Änderungsvereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander schriftlich mitgeteilt haben, dass die jeweils notwendigen internen Verfahren abgeschlossen sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Geschehen zu Hongkong am 8. August 2019 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dieter Lamlé

Für die Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong
der Volksrepublik China
For the Government of the Hong Kong Special Administrative Region
of the People's Republic of China

Frank Chan Fan

“Article 5A

Laws, Regulations and Procedures

(1) The laws, regulations and procedures of a Contracting Party relating to the entry into, stay in or departure from its area by aircraft engaged in international air services, or to the operation and navigation of such aircraft, shall be complied with by the aircraft of the designated airlines of the other Contracting Party upon their entry into, departure from or while within the said area.

(2) The laws, regulations and procedures of a Contracting Party relating to passports or other approved travel documents, entry, customs clearance and quarantine shall be complied with by or with respect to crews, passengers, cargo and mail carried by aircraft of the designated airlines of the other Contracting Party upon their entry into the area of the first Contracting Party.

(3) In the area of the Federal Republic of Germany, the reference to “laws, regulations and procedures” in paragraphs (1) and (2) of this Article also includes the legislation of the European Union that is applicable in the Federal Republic of Germany.”

Article 5

This Agreed Amendment and the Agreement shall be interpreted and applied as one Agreement.

Article 6

This Agreed Amendment shall enter into force on the date on which the Contracting Parties have informed each other in writing that any necessary internal procedures have been completed. The relevant date shall be the day on which the last communication is received.

Done, in duplicate, at Hong Kong this 8th day of August 2019 in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Denkschrift

A. Allgemeiner Teil

Nach allgemeinen internationalen Gepflogenheiten wird der internationale Fluglinienverkehr grundsätzlich in zweiseitigen Luftverkehrsabkommen geregelt. Um ein derartiges Abkommen handelt es sich bei dem am 5. Mai 1995 in Hongkong unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Hongkong über den Fluglinienverkehr (Abkommen von 1995, BGBl. 1997 II S. 1062, 1063), das durch die am 8. Mai 1997 unterzeichnete Änderungsvereinbarung zum Abkommen von 1995 (Änderungsvereinbarung von 1997, BGBl. 1998 II S. 2064, 2065) geändert worden ist.

Die vorliegende Änderungsvereinbarung zur Änderung des Abkommens von 1995, geändert durch die Änderungsvereinbarung von 1997, dient dazu, die Terminologie hinsichtlich der Sonderverwaltungsregion Hongkong an die aktuelle Entwicklung anzupassen sowie die Bestimmungen des Abkommens mit dem Recht der Europäischen Union in Einklang zu bringen.

B. Besonderer Teil

Artikel 1 stellt klar, dass die Verweise im Abkommen von 1995 und in der Änderungsvereinbarung von 1997 auf die „Regierung von Hongkong“ und „Hongkong“ als

Bezeichnung für die „Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China“ gelten.

Artikel 2 ändert den Artikel 1 des Abkommens von 1995 dahingehend, dass eine neue Begriffsbestimmung für „Hongkong“ angefügt wird.

Artikel 3 ändert die Artikel 4 und 5 des Abkommens von 1995. Diese legen das Verfahren und die Voraussetzungen für die Erteilung, die Aussetzung, die Einschränkung und den Widerruf von Betriebsgenehmigungen zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs fest. Durch die Änderung dieser Artikel werden die Vorgaben mit dem Recht der Europäischen Union in Einklang gebracht.

Mit Artikel 4 wird ein neuer Artikel 5A „Gesetze, sonstige Vorschriften und Verfahren“ eingefügt. Dieser stellt klar, dass die für den Einflug, Aufenthalt und Ausflug sowie für Reisedokumente, Einreise, Zollabfertigung und Quarantäne geltenden Vorschriften einzuhalten sind. Außerdem wird klargestellt, dass auch die in Deutschland geltenden Rechtsvorschriften der Europäischen Union hiervon erfasst sind.

Artikel 5 regelt, dass diese Änderungsvereinbarung und das Abkommen als ein Abkommen auszulegen und anzuwenden sind.

Artikel 6 regelt das Inkrafttreten der Änderungsvereinbarung.